

Strukturelle Besoldungsrevision auf Eis.

„Einmal-Zulage“ in Zürich

Die Lohnklassen 35 bis 18 in der Stadtzürcher Verwaltung sowie das gesamte Pflegepersonal erhalten erneut eine „einmalige Zulage“ von 1'035 Franken. Dies beschloss der Zürcher Gemeinderat mit 56 gegen 48 Stimmen.

Zur Diskussion stand eine Motion von Christa Suter (AL). Damit sollten die grössten Ungerechtigkeiten im städtischen Lohngefüge korrigiert werden, da die strukturelle Besoldungsrevision vorerst zurückgestellt ist.

Sie sei sich bewusst, so Suter, dass auch so nicht alle Ungerechtigkeiten beseitigt seien.

Aber diejenigen, die den grössten Aufholbedarf hätten, würden profitieren. Im übrigen änderte sie ihren Vorstoss leicht ab: War in der ursprünglichen Version die Rede von dem „gesamten Pflegepersonal“, schränkte sie dies nun ein. „Oberschwestern zum Beispiel haben das Geld nicht nötig.“

VPOD-Sekretär und SP-Gemeinderat Heinz Jacobi gab die Zustimmung seiner Fraktion bekannt. Das Argument des Stadtrates, mit dieser Zulage würden die Lohngefüge zu stark nivelliert, stimme nicht. 1970 bestand zwischen den höchsten und den tiefsten Gehältern in der städtischen Verwaltung ein Faktor von 4,2. 1990 betrug dieser Faktor immerhin 5,7, und auch wenn die Zulage nun gesprochen wird, so verkleinert er sich lediglich auf 5,2. Es sei somit eine vertretbare Korrektur, auch wenn der VPOD grundsätzlich solchen Zulagen eher negativ gegenüberstehe.

Für einmal einig mit Finanzvorstand Willy Küng zeigte sich dagegen Martin Vollenwyder (FDP). Sein Argument: Die Zulage schaffe neue Ungerechtigkeiten, da nicht alle Berufsgruppen gleich behandelt würden. Willy Küng seinerseits bezeichnete das Vorhaben zwar „als sympathisch“, aber es schaffe ein Gerechtigkeitsdilemma. Im übrigen zeige sich damit die Dringlichkeit einer Besoldungsrevision.

In der Abstimmung stimmten SP, FraP, AL und GP für den Vorstoss, FDP bis EVP dagegen, und die SD-Leute enthielten sich der Stimme. Die Mehrheit spielte, die kleinen Leute erhalten zum zweiten Mal ein bisschen mehr. Die Stadt kostet das rund 4 Mio. Franken.

Vorläufig keine Besoldungsrevision

Der Zürcher Stadtrat unterbreitete dem Gemeinderat vor eineinhalb Jahren eine Besoldungsrevision für das städtische Personal. Die Kommission des Gemeinderates, die die Vorlage berät, hält zwar Lohnverbesserungen für einzelne Personalgruppen im Sinne der Harmonisierung mit dem Kanton für wünschbar. Sie ist sich aber einig, dass Verbesserungen zurzeit aus finanzpolitischen Gründen nicht verwirklicht werden können.

Auf Wunsch der Kommission hat der Stadtrat diese Vorlage nun zurückgezogen. Er behält sich aber vor, erneut eine Angleichung an die kantonale Lohnstruktur zu beantragen, sobald die finanziellen Verhältnisse es gestatten.

Der öffentliche Dienst, 15.10.1993.

Öffentliche Dienst, Der > Besoldungsrevision Zürich. Loehne. OeD, 1993-10-15